

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe September 2017



Türkei: Beitrittsgespräche beenden!

Die Zukunft der Türkei in Europa, die wiederholten Rückschritte des Landes bei der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten und der Freiheit der Medien standen im Mittelpunkt der Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini. Markus Ferber forderte erneut ein sofortiges Ende der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei. „Das Fass ist schon lange übergelaufen. Wir dürfen uns von Erdogan nicht länger am Nasenring durch die Manege ziehen lassen. Damit macht sich die EU unglaubwürdig.“

Barrierefreiheit bei Dienstleistungen

Die Europäische Kommission hatte 2015 einen Vorschlag über Barrierefreiheitsanforderungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen vorgelegt. Der Vorschlag hätte zusätzliche Belastungen für den Mittelstand bedeutet. Kleine Baumärkte oder Buchläden mit Online-Auftritt hätten ihre ganzen Websites umstellen müssen oder aufwendig begründen müssen, warum sie die Mittel für eine solche Umrüstung nicht besitzen. Barrierefrei ist eine Website, wenn beispielsweise jedes Bild mit einem Text unterlegt würde. „Ein Vorhaben, was für kleine Unternehmen, die bereits

große Schwierigkeiten haben, ein Impressum vorzuhalten, zu einer unlösbaren Herausforderung geworden wäre“, so Markus Ferber. „Der im Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedete Bericht hat die Bedenken des Mittelstands aufgegriffen. Mit dem Kompromiss haben wir Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erreicht, aber gleichzeitig keine unverhältnismäßige Belastung für kleine Unternehmen geschaffen“, so Markus Ferber.

Rede zur Lage der Union: Euro für alle?

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner jährlichen Rede zur „Lage der Union“ angekündigt, die Eurozone mittels eines Euro-Beitrittsinstrumentes auf alle Mitgliedstaaten ausdehnen zu wollen. Markus Ferber erklärte dazu: „Für den Beitritt zum Euro gibt es klare Kriterien. Solange die Kandidatenländer diese Kriterien nicht erfüllen, darf der Beitritt nicht per politischem Dekret erzwungen werden.“ Ferber erinnert an das Beispiel Griechenland. Dies habe gezeigt, was passieren kann, wenn man im politischen Übereifer die wirtschaftlichen Realitäten ignoriert und einem Euro-Beitritt leichtfertig grünes Licht gibt. „Dieser Fehler darf sich keinesfalls wiederholen. Es muss ganz klar sein, dass Euro-Beitrittskandidaten die

Maastricht-Kriterien erfüllen müssen. Die Europäische Kommission darf hier nicht erneut beide Augen zudrücken.“ Derzeit haben 19 von 28 Mitgliedstaaten den Euro eingeführt.

Mittelstand schützen - Genauere Prüfungen von Übernahmen

„Wir müssen unsere europäischen Technologien vor einem Ausverkauf nach Asien besser schützen“, so Markus Ferber. Er begrüßt, dass die Kommission auf Druck aus dem Europäischen Parlament nun endlich Maßnahmen ergreift. Der Vorschlag soll die europäische Wirtschaft und besonders die sensible Infrastruktur in den Bereichen Energie, Transport, Kommunikation und Zukunftstechnologien wie Robotik vor staatsfinanzierten Übernahmen besser schützen. „Es geht hier nicht um Protektionismus, sondern um fairen Handel und fairen Wettbewerb für alle Beteiligten“, betont Markus Ferber. „Die Übernahme des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch den chinesischen Hersteller Midea hätte mit den vorgeschlagenen Instrumenten besser und genauer geprüft werden können, wenn es die EU-Verordnung schon gegeben hätte. Perlen der europäischen Industrie, wie Kuka dürfen wir nicht leichtfertig aus der Hand geben.“



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

